

(Frau Vizepräsident Friebe)

(A) Das sind

Einzelplan 03: Innenminister  
Einzelplan 04: Justizminister

Ich darf für die Fraktion der CDU Herrn Abg. Paus das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Evertz (CDU): Man sollte Herrn Minister Schnoor in den Saal bitten!)

Paus (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hätte fast gesagt: "Herr Innenminister", aber er ist im Augenblick nicht da. Herr Justizminister, auch dieser Haushaltsentwurf gibt kein erkennbares Konzept für die Lösung der dringenden Probleme im Bereich der inneren Sicherheit. Er bietet - das sagen wir auch in unserem Entschließungsantrag - keine Perspektive für die künftige Personalpolitik bei der Polizei unseres Landes.

Wir gehen davon aus, daß sowohl der Innenminister wie auch Herr Kollege Reinhard von der SPD-Fraktion, der anschließend sprechen wird, einige kleine Fortschritte in diesem Haushalt entsprechend feiern werden, aber über die kann sich wirklich nur freuen, wer Schlimmeres erwartet hatte.

(Reinhard (SPD): Woher wissen Sie das?)

(B) - Herr Kollege, ich schließe dies aus Ihren Beiträgen im Innenausschuß.

Auch in diesem Haushalt finden wir eine Fortsetzung von Ungereimtheiten, die von den Bediensteten zu Recht als unsozial und schwer verständlich kritisiert werden. Ich will diesen Entschließungsantrag nicht in allen Punkten hier vortragen - ich begrüße den Innenminister -, möchte aber einige Beispiele daraus doch etwas näher erläutern.

Die CDU-Fraktion erkennt bei der Einstellungspolitik der letzten zehn Jahre für die Polizei unseres Landes überhaupt kein System. Bis Anfang der 80er Jahre wurden jährlich bis zu 2 000, teilweise sogar noch mehr Beamte eingestellt. Dann wurden die Zahlen schlagartig zurückgenommen bis auf 200, teilweise sogar noch weniger Neueinstellungen. Das hat zu Überkapazitäten in den Ausbildungseinrichtungen geführt. Dort wird teilweise noch nachgeschult. Dort werden die Ausbilder durch bereits Ausgebildete quasi an der Arbeit gehalten.

Wenn man in dieser Einstellungspolitik überhaupt ein System erkennen kann, dann allen-

falls das, daß gewisse Bezüge zu Wahlterminen herstellbar sind oder daß man sieht, daß der Innenminister mal bei einem Haushalt etwas besser gegenüber dem Finanzminister hat verhandeln können. In den meisten Fällen ist ihm das nicht gelungen. Der Innenminister und sicherlich auch Sie, Herr Kollege Reinhard, werden gleich sagen: Wir haben ein System für die Personalpolitik bei der Polizei; wir haben doch unseren berühmten Schlüssel 1 : 400, und an dem wollen wir uns orientieren.

Vorab: Es wäre schon eine ganze Menge, Herr Innenminister, wenn Sie jetzt zumindest darangehen würden, diesen Schlüssel, der zur Zeit bei 1 : 406 oder 1 : 407 liegt, anzustreben, und das relativ kurzzeitig. Nur, die Relation 1 : 400 bietet kaum noch Anhaltspunkte für die wirkliche Polizeipräsenz vor Ort. Diese Zahl stammt aus der Mitte der 70er Jahre. Zwischenzeitlich haben wir auch in der Polizei sozialen Fortschritt erlebt. Die Arbeitszeiten sind zurückgegangen. Es gibt Sonderdienstbefreiung für Wach- und Wechseldienst. Es gibt längere Urlaubszeiten. Es gibt vor allem einen drastischen Aufgabenanstieg. Wenn man also die Polizeipräsenz bei der Relation 1 : 400 im Jahr 1972 oder 1973 nimmt und sie der heutigen Polizeipräsenz gegenüberstellt, dann haben wir vor Ort heute bei der gleichen Relation von 1 : 400 entschieden weniger Polizeipräsenz als in den Jahren 1973/74, als diese Relation kreiert wurde. Deshalb muß man sich ernsthaft fragen: Ist diese Richtzahl überhaupt noch brauchbar?

Noch einmal: Wir wären schon froh, wenn wir zumindest diese Zahl in Nordrhein-Westfalen erreichten.

Die Situation in der Kriminalpolizei ist noch schwieriger. Wir haben darauf auch im Innenausschuß ausführlich hingewiesen. Wir erleben seit Jahren einen kontinuierlichen Anstieg der Kriminalität. Wir haben seit 1980 einen Anstieg der Kriminalität um ca. 35 %. Der Anstieg hat sich zur Zeit abgeflacht. Die Experten meinen aber, daß das möglicherweise nicht von Dauer sein wird. Trotz des Anstiegs von 1980 bis heute um 35 % haben wir aber gleichbleibende Personalstärke bei der Kripo - auch da wieder bei verkürzter Arbeitszeit der Kriminalbeamten.

Es gibt aber nicht nur quantitativ einen starken Aufgabenanstieg bei der Kriminalpolizei, sondern die Aufgaben sind auch qualitativ schwieriger geworden, und es sind neue Aufgaben hinzugekommen. Denken Sie nur an die immer wieder diskutierte Umweltkriminalität oder an die Probleme mit der organisierten Kriminalität.

(Paus (CDU))

- (A) Herr Innenminister, Sie werden den Beamten schon sagen müssen, wie es denn möglich ist, qualitativ und quantitativ steigende Aufgaben bei allenfalls stagnierendem Personal zu erfüllen, wenn das Personal dann auch noch zu Recht am sozialen Fortschritt teilnimmt, also weniger in der Dienststelle präsent ist.

Wenn die Automatisierungsmöglichkeiten, die es gerade im Bereich der Kriminalpolizei gibt, denn überhaupt schon in die Wege geleitet werden - wir haben gerade von Ihnen, Frau Kollegin, geschildert bekommen, daß der Standard eigentlich immer noch der Kriminalbeamte mit dem Einfingersuchsystem an der Reiseschreibmaschine ist -, wäre dadurch vielleicht etwas an zusätzlicher Kapazität herauszuholen. Aber auch die Automatisierung schleicht allenfalls voran.

Das Ergebnis: Die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen wird weitgehend verwaltet. Es ist schlimm für das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit, wenn jemand eine Anzeige wegen Diebstahls, Fahrraddiebstahl, Autodiebstahl, Diebstahl aus dem Auto, erstattet und bekommt dann nach einigen Wochen ein nettes Formschreiben, daß trotz aller möglichen Ermittlungen nichts ermittelt worden ist. Der Bürger hat den Eindruck - wenn er das beobachtet, wird das auch bestätigt -, daß im Regelfall in diesen Fällen kaum noch ermittelt wird, weil dazu die Kapazitäten fehlen. Gerade die Situation bei der Kriminalpolizei ist für uns ein weiterer Beleg für die Konzeptionslosigkeit des Innenministers und der Landesregierung. Die Kripobeamten fühlen sich zu Recht - das haben sie uns immer wieder gesagt - allein gelassen.

Lassen Sie mich noch einige weitere Punkte aus unserer Entschließung kurz anreißen. Wir sprechen das Problem der Phasenverschiebung erneut an. Gerade bei der Schutzpolizei in unserem Lande wirkt diese Phasenverschiebung demotivierend und auch unsozial. Das gilt vor allem deshalb, weil in Nordrhein-Westfalen der Anteil der Beamten bei der Schutzpolizei, die im gehobenen Dienst sind, eben nur bei gut 12 oder 13 % liegt, während er in anderen Bundesländern um 20 % liegt.

(Guttenberger (SPD): Wo denn?)

- Zum Beispiel in Niedersachsen liegen die Zahlen deutlich höher. Herr Kollege Guttenberger, schauen Sie sich diese Zahlen an.

(Guttenberger (SPD): Ich frage ja extra. Ich bin ja bereit, etwas dazuzulernen - anders als Sie. - Wendzinski (SPD): Stör ihn nicht, er hält uns nur auf.)

- Herr Wendzinski, na ja, ich erspare mir das.

(Guttenberger (SPD): Ich war damit gemeint!)

Gerade in dieser Situation wirkt sich eine Phasenverschiebung, durch die drei Jahre lang wirklich zustehende Beförderungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft werden können, unsozial und demotivierend aus. Die sechsmonatige Wiederbesetzungssperre führt in einigen Bereichen der Polizei zu grotesken Ergebnissen. Es wird uns geschildert, daß beispielsweise in Köln längere Zeit das Fotolabor zum großen Teil stillgelegt hat, weil dort zwei Kräfte gleichzeitig ausgeschieden sind und es eben keinen Ersatz gab.

(Trinius (SPD): Da kann doch jeweils eine Ausnahme gemacht werden!)

Ein weiterer Punkt: Die Polizeibeamten fühlen sich zu Recht, Herr Innenminister, durch das Taktieren, durch Trickerei der Landesregierung bei der neuen Stellenobergrenzenverordnung auf den Arm genommen.

(Minister Dr. Schnoor: Na!)

Der Innenminister fordert ständig von Bonn die Anhebung. Der Finanzminister erklärt auf eine Anfrage aus Bonn vor der Sommerpause: Wir sind überhaupt nicht einverstanden, wir lehnen ab. Dann gibt es nach der Sommerpause anscheinend ein klärendes Gewitter im Kabinett, danach einen Beschluß, mit einer angemessenen Erhöhung sei man einverstanden. Die Finanzminister tagen erneut in Bonn, Nordrhein-Westfalen ist wieder dabei und sagt: Wir eigentlich nicht.

Jetzt gibt es Gott sei Dank einen Kabinettsbeschluß, mit dem auch der Kompromiß der Innenministerkonferenz, genau diese Stellenobergrenzenverordnung durchzusetzen, endlich abgesegnet ist. Nun schlagen wir hier vor: Dann schafft doch für die in absehbarer Zeit, möglicherweise im Laufe der nächsten Woche, beim Bund zu erwartende Anhebung die haushaltsrechtlichen Möglichkeiten. Sie, Herr Kollege Reinhard, und Ihre Kollegen im Innenausschuß stimmen zu, daß wir die Anregung an den Haushalts- und Finanzausschuß geben. Und dort ist natürlich wieder der Finanzminister stärker als der Innenminister und lehnt das ab.

Ich kann daraus nur schließen: Das sind alles Lippenbekenntnisse, Herr Innenminister. Sie stellen Forderungen in Richtung Bonn in der Hoffnung, daß diese Forderungen eben doch nicht eingelöst werden, weil Sie diese sonst

(Paus (CDU))

- (A) finanzieren müßten. Herr Innenminister, Sie haben nicht nur kein Konzept, wie ich gerade sagte, für die Personalpolitik bei der Polizei, Sie haben sich auch durch Ihre Beiträge in den jüngsten Diskussionen um die Frage der öffentlichen Sicherheit in unserem Lande in schlimmer Weise disqualifiziert.

(Na, na! bei der SPD)

Wer wie Sie und der Ministerpräsident ständig proklamiert, Themen der inneren Sicherheit dürften kein Wahlkampfthema sein, setzt sich zu Recht dem Vorwurf der Heuchelei und der Doppelzüngigkeit aus,

(Evertz (CDU): Hört, hört!)

wenn er, wie in den letzten Wochen geschehen, in übelster und unsachlicher Polemik über ernsthafte Vorschläge der Bundesregierung und auch zum Beispiel des Bundesanwalts herfällt.

(Zuruf von der SPD: Siehe Kronzeugen!)

- Genau das Thema kommt jetzt. - 1975 war auf Antrag dieser Landesregierung, in der auch schon der heutige Innenminister tätig war, durch den seinerzeitigen Justizminister Posser ein Vorschlag im Bundestag und vorher im Bundesrat eingebracht worden, der weitgehend mit der von der Bundesregierung jetzt vorgeschlagenen Kronzeugenregelung vergleichbar war. Es gibt Differenzen, aber die Tendenz war vergleichbar. Damals haben Sie, Herr Posser, als Justizminister im Deutschen Bundestag ausgeführt:

Es ist besser, wenn ein Mitglied einer hochkriminellen Vereinigung straffrei ausgeht oder mit einer stark ermäßigten Strafe davonkommt, als wenn alle Mitglieder der kriminellen Vereinigung unentdeckt und ungestraft bleiben und weiterhin schwere Verbrechen begehen können.

(Mietz (CDU): So war das.)

Dieser von Nordrhein-Westfalen initiierte Entwurf des Bundesrates sah auch bei lebenslanger Freiheitsstrafe, also auch bei Mord, die Möglichkeit nicht nur der Strafmilderung, sondern der Strafbefreiung vor. Als Begründung haben Sie, Herr Posser, am 12. Juni 1975 wörtlich ausgeführt:

Die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung darf in keinem Fall von deren Rädelsführern an die Bewährungsprobe Mord geknüpft werden.

Genau die Argumentation, die jetzt auch wieder in Bonn von seiten der Bundesregierung vertreten worden ist!

Herr Innenminister, wenn Sie unter diesen Voraussetzungen gesagt hätten, der Vorschlag der Bundesregierung sei sachlich vertretbar, Sie hätten diese Regelung einmal ähnlich vorgeschlagen, hätten sich aber heute die Dinge anders überlegt und aus einer Reihe von Gründen davon Abstand genommen und lehnten eine solche Regelung jetzt ab, hätte sich überhaupt keiner an Ihrer Argumentation gestoßen. Aber, Herr Innenminister, Sie haben nicht in der Hitze einer Debatte, sondern in einer schriftlichen Erklärung ausgeführt - und das in Richtung Bundesregierung -: "Die vorgeschlagene Kronzeugenregelung läuft auf eine Komplizenschaft auch mit Mördern hinaus."

Wer so unredlich und diffamierend argumentiert und bewußt auf die Vergeßlichkeit der Menschen setzt, Herr Innenminister, der kann keinen Anspruch mehr darauf erheben, als seriöser Gesprächspartner akzeptiert zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Da lesen wir dann leider immer wieder in der Zeitung, daß gewalttätige Kriminelle Strommasten umsägen und dabei die Stromversorgung lahmlegen, Millionenschäden verursachen. Erst vor wenigen Tagen war wieder in der Presse zu lesen, daß bei einem solchen erneuten Angriff auf die Stromversorgung die Stromleitungsstahlseile auf eine nahegelegene Straße geschlagen sind und es nur einem wirklich gnädigen Schicksal zu verdanken ist, daß dabei keine Menschen, Verkehrsteilnehmer auf dieser Straße, zu Schaden gekommen sind.

Deshalb hat der Bundestag auf Vorschlag der Bundesregierung dieses Verbrechen, aber zum Beispiel auch häufig sogar mit bedingtem Tötungsvorsatz begangene Anschläge auf den Schienenverkehr, unter bestimmten Voraussetzungen als terroristische Gewalttaten qualifiziert. Dem Innenminister unseres Landes fällt dazu nichts Besseres ein, als abstruse Beispiele eines Professors aus der Anhörung im Bundestag sehr vereinfacht weiterzugeben und den Bürgern zu suggerieren, sie könnten sogar ungewollt als Terroristen kriminalisiert werden. Besonders schlimm wird es dann auch noch, wenn Sie dem Bundesgesetzgeber, der eine erste Lesung, eine zweite Lesung, Beratung im Ausschuß und Anhörungen durchgeführt hat und der danach dann das Gesetz im Parlament beschlossen hat, öffentlich vorhalten, er

(Paus (CDU))

- (A) wolle - und das zitiere ich wörtlich - geradezu klammheimlich Gesetze in Kraft setzen und Bürgerrechte preisgeben und in die Rechte der Menschen eingreifen.

(Doppmeier (CDU): Herr Minister, was ist das für eine Formulierung?)

Herr Innenminister, wer in einer solchen Sprache, die wir Demokraten eigentlich nur gegenüber Militärdiktaturen verwenden, über unser demokratisch gewähltes Parlament herfällt, der hat sich nicht nur jeder Seriosität begeben, er hat sich auch als für die Verfassung unseres Landes zuständiger Minister disqualifiziert.

(Hunger (SPD): Das glauben Sie doch selber nicht. - Evertz (CDU): Das waren noch Zeiten, als der Schnoor in der Staatskanzlei war. - Zuruf des Abg. Henning (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sollte noch kurz auf die Anträge - da kann ich Ihnen helfen, Herr Henning, denn in den Anträgen Ihrer Fraktion ist nichts drin - der SPD-Fraktion eingehen, die im Innenausschuß gestellt worden sind. - 15 Minuten habe ich, Frau Präsidentin!

Frau Vizepräsident Friebe: Entschuldigung, mein Schriftführer hatte sich vertan.

- (B) Paus (CDU): Also, ich wollte noch kurz auf die Anträge der SPD und der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1987 eingehen. Zu den SPD-Anträgen könnte ich mir das eigentlich ersparen; denn Sie, Herr Kollege Reinhard - ich sehe ihn im Augenblick nicht -

(Reinhard (SPD): Ich bin hier.)

und auch Herr Guttenberger, Sie sind sicherlich am meisten frustriert darüber, daß Sie trotz Ihrer absoluten Mehrheit nur wirklich Marginalien am Haushalt herumbasteln durften und sogar noch in einem Punkt die Hausarbeiten des Innenministers nachholen mußten.

(Doppmeier (CDU): So ist das, wenn man schlechte Politik macht. - Weitere Zurufe von SPD und CDU)

Frau Kollegin Larisika-Ulmke, zu Ihren Anträgen: Wir haben Ihnen im Bereich Trennung S und K zugestimmt. Das ist ein altes Anliegen von uns, weil wir diese Zusammenlegung der Stellenpläne für eine Form der Mangelverwaltung gehalten haben. Ihre Kürzungsvorschläge, die Sie dann vorgelegt haben, mit Verlaub, haben wir schlicht für nicht plausibel gehalten. Sie haben an-

(C) scheinend im Auftrag der Fraktionsführung einen gewissen Kürzungsbedarf erwirtschaften müssen. In einigen Punkten erschien uns das sinnvoll, was Sie da gemacht haben, zum Beispiel bei der Kürzung der Öffentlichkeitsmittel. Da haben wir das auch zum Ausdruck gebracht, aber insgesamt konnten wir dem nicht zustimmen.

Bevor ich schließe, möchte ich noch einen Aspekt aufgreifen, der heute morgen schon bei der Diskussion des kommunalpolitischen Haushalts, bei der Diskussion des GFG, eine Rolle gespielt hat. Ich möchte etwas aufgreifen - mit dem ich sicherlich auch für alle Kollegen des Innenausschusses sprechen kann, auch wenn das gleich sicherlich heftig vom Kollegen Reinhard bestritten werden wird -, und das ist die Frage des Verhältnisses des Innenministers zum Parlament. Es ist schlimm genug, Herr Innenminister, daß es ständig von Ihnen für sinnvoll erachtet wird, Gesetzentwürfe zunächst der Presse vorzusteilen und sie dann irgendwann, häufig Wochen später, im Parlament einzubringen. Letztes Beispiel: letzten Montag die Datenschutznovelle. Der Gesetzentwurf liegt uns bis heute noch nicht vor.

Noch unerträglicher, Herr Innenminister, ist Ihr Verhalten gegenüber dem Innenausschuß. Seit Beginn der Legislaturperiode reichen die Finger einer Hand reichlich aus, um abzuzählen, wie oft der Innenminister im Innenausschuß war. Wir haben immer gedacht, er sei irgendwie durch Tätigkeiten im kommunalpolitischen Ausschuß verhindert. Von Herrn Kollegen Stump haben wir heute morgen erfahren, daß er dort auch durch Fehlanzeige glänzt. Nichts gegen Sie, Herr Staatssekretär, aber wir möchten ganz gerne im Innenausschuß die Innenpolitik mit dem Minister diskutieren, der zumindest in der Presse immer als derjenige auftritt, der für die Innenpolitik dieses Landes steht.

(D) Herr Innenminister, wenn Sie dann einmal erscheinen - ich will die beiden letzten Sitzungen ansprechen -, dann erwarten Sie, daß wir für Sie die Tagesordnung ändern. Das haben wir auch in der vorhergehenden Sitzung getan, und dann sind Sie trotzdem nicht erschienen. Dann haben wir Sie in der letzten Sitzung im Innenausschuß zum Thema Terrorismusbekämpfung zu Gast gehabt, und dann sind Sie speziell zu diesem Punkt zum Ausschuß gekommen und haben erwartet, daß wir sofort die Tagesordnung ändern und Ihnen die Möglichkeit geben, zu diesem Punkt zu sprechen. Sie haben es dann auch für sinnvoll gehalten, nach Erörterung dieses Punktes gleich wieder zu verschwinden. Schlicht und ergreifend: Der Innenausschuß

(Paus (CDU))

- (A) erwartet bei den Sitzungen des Innenausschusses die Präsenz des Innenministers.

(Beifall bei der CDU)

Ansonsten müßten wir, und damit möchte ich schließen, uns überlegen, Herr Innenminister, alle auch nicht so wichtigen innenpolitischen Themen ins Plenum zu bringen, und dann werden Sie sich diesen Themen stellen müssen.

Meine Damen und Herren, es wird Sie nach unseren Anmerkungen im Entschließungsantrag nicht überraschen, daß wir den Einzelplan 03 in der vorgelegten Fassung ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Reinhard. Bitte sehr!

Reinhard (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich heute schon ein paarmal gefragt, als die Vertreter der Opposition zu den einzelnen Etatpositionen Stellung genommen haben, ob sie denn auch schon gemerkt haben, daß wir heute bei Etatberatungen sind.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Herr Kollege Paus, Sie machen hier lange Äußerungen und Ausführungen - ich fange ja gerade erst einmal an, höre mal ein bißchen zu - zum Thema Kronzeuge. Was soll das denn hier? Was hat das mit dem Etat zu tun?, frage ich Sie.

(Elfring (CDU): Das hat etwas mit der Politik des Innenministers zu tun.)

- Der hat heute dazu gar nicht geredet.

(Elfring (CDU): Das spielt doch keine Rolle.)

Das will ich Ihnen sagen, Herr Kollege Paus: Sie als CDU-Fraktion haben es gerade nötig, über das Kronzeugen-Thema hier groß zu reden. Sie haben sich doch weiß Gott in Bonn genug blamiert mit dieser Frage. Das steht doch wohl eindeutig fest.

(Evertz (CDU): Überhaupt nicht!)

- Sicher haben Sie sich blamiert. Sie haben erst den strammen Max markiert, und als dann alle Experten gesagt haben, das gehe so nicht, und auch noch die F.D.P. umgefallen ist, haben Sie das doch nicht so gemacht, wie Sie es wollten. Da haben Sie sich ganz schön

blamiert. Das müssen Sie doch zugeben. Die entscheidenden Bestimmungen sind doch aus dem Gesetzentwurf herausgenommen.

(Evertz (CDU): Schlicht aus dem Verkehr gezogen.)

Ich frage Sie noch einmal: Was soll das hier bei der Etatberatung? Damit können Sie doch keinen Blumentopf ernten.

(Doppmeier (CDU): Was machen Sie denn bei der Etatberatung?)

Deshalb will ich mich auch wieder dem Etat zuwenden. Ich halte das für sinnvoller, als wenn wir irgendwelche rechtspolitischen und innenpolitischen Fragen diskutieren, die im Augenblick hier überhaupt nicht in Rede stehen.

(Doppmeier (CDU): Was verstehen Sie denn eigentlich unter Etatberatungen?)

Ich will mich dem Bericht des Innenausschusses zuwenden,

(Doppmeier (CDU): Jetzt lesen Sie Ihre Rede ab!)

der im Plenum zur Entscheidung und Abstimmung steht. Da ist zunächst das Problem aufgegriffen, daß möglicherweise in Bonn demnächst eine Änderung der Stellenobergrenzenverordnung vorgenommen wird. Die CDU-Fraktion hat im Innenausschuß angeregt, dem Finanzminister schon jetzt vorweg eine gesetzliche Ermächtigung zu geben, damit, wenn diese Änderung in Bonn durchgeführt wird, in unserem Lande diese Stellenobergrenzenverordnung sofort aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung ausgeschöpft werden könne.

Wir sind im Prinzip Ihrer Meinung; wir sind dafür. Nur, Herr Kollege Paus, die gleiche Musik ist von Ihnen im vergangenen Jahr auch schon gespielt worden. Es ist verkündet worden, es sei alsbald mit einer Änderung der Stellenobergrenzenverordnung in Bonn zu rechnen.

(Paus (CDU): Nein, Mitte des Jahres!)

Deshalb müßten wir in Düsseldorf schon frühzeitig die Weichen stellen. Geschehen ist das Ganze nicht.

(Paus (CDU): Das ist falsch!)

- Ich kann Ihnen die Protokolle vom Innenausschuß zeigen, Herr Kollege.

Jetzt spielt sich dasselbe wieder ab. Warten wir doch ab, was in Bonn entschieden wird.

(Reinhard (SPD))

- (A) Wir Sozialdemokraten sind bereit, sofort darauf zu reagieren. Wenn schon morgen im Bundeskabinett eine entsprechende Entscheidung fällt, dann haben wir in der dritten Lesung noch die Möglichkeit, eine gesetzliche Ermächtigung zu beschließen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich will es aber erst schwarz auf weiß sehen, Herr Kollege Paus! Das ist das Entscheidende!

(Aigner (SPD): Richtig! Keine Vorratsbeschlüsse!)

Wichtig ist, daß die in Bonn auch tatsächlich so entscheiden. Sie haben es lange genug angekündigt. Ich meine, wir warten ab, ob sie es wirklich durchführen. Wenn es Realität ist, dann werden wir in Düsseldorf entsprechend reagieren.

(Zuruf von der SPD: Der Kanzler wird das schon aussitzen!)

Das zweite Problem, das von der CDU aufgegriffen worden ist, ist die Frage der Überprüfung einer Personalplanung bei der Polizei. Sie haben das in die Form eines Entschließungsantrages gekleidet. Wir werden diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen. Ich will Ihnen auch erklären, warum. Man merkt doch die Tendenz, die aus Ihrem Antrag spricht. Ihnen geht es gar nicht um eine objektive - wie Sie das beschreiben - Personalplanung. Ihnen geht es doch darum, dem Innenminister eins auszuwischen. Das geht doch schon mit dem ersten Satz los, wenn Sie feststellen:

Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf zum Haushalt des Innenministers ist nicht geeignet ...

Sie wollen also nur ausdrücken, der Innenminister habe seine Schularbeiten nicht erledigt. Das ist aber gar nicht so, Herr Kollege Paus.

(Evertz (CDU): Dann fragen Sie doch einmal die Gewerkschaften, was die dazu sagen!)

Diese ständigen Attacken, die Sie gegen den Innenminister reiten, die machen wir nicht mit! Einer Ihrer Fraktionskollegen hat sich kürzlich sogar dazu verstiegen zu behaupten, dies sei ein "Interessenschutzminister".

(Unruhe bei der CDU)

- Ja, das ist hier in einer Debatte gesagt worden. Sie haben es wohl schon vergessen.

Das hat zu Tumulten geführt. In einem gebe ich Ihnen recht: Wenn Sie "Interessenschutzminister" so verstehen, daß der Innenminister die Interessen der Bürger des Landes schützt, dann stimme ich Ihnen zu; dann haben Sie mit Ihrer Aussage recht gehabt.

(Zustimmung bei der SPD - Schumacher (Kall) (CDU): Dann nimmt der Präsident alles zurück!)

Ich sage Ihnen schon jetzt, daß wir diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen werden. Zu Detailfragen des Antrages wird gleich noch der Kollege Guttenberger einiges ausführen.

Lassen Sie mich zu einigen anderen Punkten, die sich im Ausschußbericht wiederfinden, Stellung nehmen. Die F.D.P.-Fraktion hat eine ganze Reihe von Kürzungsanträgen gestellt. Wir konnten denen leider nicht zustimmen. Das waren doch wohl Anträge, die nur dazu dienten, bestimmte andere Anträge der F.D.P. wieder zu rechtfertigen, siehe das Entschuldungsgesetz - wie das so schön heißt. Es ist wahllos, eigentlich ohne einzelne, sachliche Detailbegründungen über den Haushalt gefahren und da und dort einmal etwas weggenommen worden, ohne daß das im einzelnen begründet worden ist. Das können wir, verehrte Frau Kollegin Larisika-Ulmke, leider nicht mitmachen.

Wir können einige Positionen, zu denen Sie Anträge gestellt haben, herausnehmen. Es geht gleich los bei den Bezügen der Beamten und Angestellten. Sie haben hierzu pauschal 500 000 DM Kürzung beantragt. Das müssen Sie einmal dem Kollegen Paus erzählen. Der meint, es werde für die Polizei nicht genug getan. Auf einmal sollen beim Personal pauschal 500 000 DM weggestrichen werden.

(Paus (CDU): Das sind der Minister und der Staatssekretär!)

In dieser Logik können wir Ihnen leider nicht folgen.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abg. Larisika-Ulmke?

(Reinhard (SPD): Ja, bitte schön!)

- Bitte sehr, Frau Abgeordnete!

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Reinhard, stimmen Sie mir zu, daß Sie wahrscheinlich die falsche Position gelesen haben? Ich habe nicht bei den Positionen der Polizei streichen wollen, sondern bei den übrigen Verwaltungsbeamten, wo wir gleichwohl der Meinung sind, daß wir hier Kürzungen vornehmen können.

- (A) Reinhard (SPD): Pardon, da haben Sie recht. Das muß ich einräumen. Dieses ist nicht beim Personal geschehen, aber bei den Sachmitteln für die Polizei haben Sie auch in erheblichem Maße herausgestrichen.

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Das ist auch falsch!)

Eine andere Position: Sie haben beantragt, die Vergütungen für nebenamtlich und nebenberuflich tätige Dozenten erheblich zu kürzen. Wenn das gestrichen wird, wird demnächst der ganze Lehrbetrieb an den Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes eingestellt werden müssen, weil die nebenamtlich und nebenberuflich tätigen Dozenten den Lehrbetrieb zu über 50 % aufrechterhalten. Wenn Sie das herausstreichen, müssen Sie demnächst unsere Inspektorenanwärter ohne Ausbildung lassen. Das wollen Sie doch sicherlich auch nicht.

Ich wollte Ihnen damit nur aufzeigen, wie Sie doch etwas grund- und wahllos über den Etat hergezogen sind und ohne genaue Kenntnis von Einzelpositionen Streichungsanträge gestellt haben.

Ich darf kurz einiges zu den Positionen, die von der SPD-Fraktion beantragt und Gott sei Dank mit Ihren Stimmen gemeinschaftlich beschlossen worden sind, weil Sie eingesehen haben, daß das, was wir beantragt haben, vernünftig ist, ausführen.

- (B) Da sind die Anträge, die wir im Bausektor gestellt haben. Wir sind der Meinung, daß sich einige Polizeiwachen des Landes in schlechtem Zustand befinden und unbedingt bauliche Veränderungen vorgenommen werden müssen. Ich darf hier die beiden Polizeiwachen in Kalkar und in Viersen herausgreifen. Wir haben dadurch, daß wir einen zusätzlichen Vermerk eingebracht haben, nämlich daß die Minderausgaben aus der Hauptgruppe 7 für diese Bau-Positionen verwandt werden können, erreicht, daß schon im nächsten Jahr mit Neubauten und Umbauten in Kalkar und in Viersen begonnen wird. Dabei muß ich ausdrücklich hinzufügen, daß der Neubau der Polizeistation Kalkar unabhängig davon ist, ob dort nun ein Energiewerk ans Netz geht oder nicht. Es kommt da nur auf die entsprechende Größenordnung des Umbaus und des Neubaus an.

Lassen Sie mich noch einmal ein paar Takte zu Ihrem Antrag sagen, der, glaube ich, wohl auch von der christlich-demokratischen Fraktion unterstützt worden ist, Frau Larisika-Ulmke, nämlich die Stellenpläne von Schutzpolizei und Kriminalpolizei wieder zu trennen.

Ich muß Ihnen sagen: Wir folgen dem nicht. Dafür gibt es mehrere Gründe. Einer ist auch sicherlich der, daß man, nachdem man erst vor zwei Jahren diese Neuerung eingeführt hat, nicht jetzt schon wieder aus dem Geschäft aussteigen kann.

Zum anderen muß ich Ihnen sagen, daß Sie sicherlich auch die Vorlage 10/764 der Landesregierung bekommen haben. Darin ist ja sehr deutlich klargelegt, weshalb sich die Zusammenlegung dieser beiden Stellenpläne oder Personaletats positiv auswirken. Hier soll nämlich ausgeglichen werden; mangelnde Beförderungschancen sollen einen Ausgleich erfahren. Mal ist es so, daß die Kriminalpolizei schlechter dran ist; dann neigt sich das Pendel mehr zur Schutzpolizei. Das ist im Augenblick so. Aber schon im Jahre 1988 wird genauso die umgekehrte Tendenz bestehen, daß nämlich dann das, was bei der Kriminalpolizei zu wenig ist, durch entsprechende Zuwendungen von Stellen bei der Schutzpolizei ausgeglichen wird. Insofern wird genau diese Harmonie, die da erreicht werden soll, auch erreicht. In dem einen Fall ist es mal so, daß dort weniger ist und vom anderen etwas weggenommen werden muß, und in zwei Jahren haben wir genau den umgekehrten Fall, daß das wieder von der Schutzpolizei zur Kriminalpolizei herübergeht.

Deshalb ist immer derjenige, der im Augenblick etwas zugunsten des anderen weggenommen bekommt, dafür, daß die Stellenpläne wieder getrennt werden. Aber dies ist ja kein Prinzip. Man muß diesen ausgleichenden Harmonisierungscharakter der Zusammenlegung anerkennen, und dann wird man auch sagen können, daß das auf Dauer personalpolitisch richtig, zweckmäßig und auch zu vertreten ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben im Innenausschuß unsere Anträge unterstützt; Sie haben aber leider dem Etat insgesamt nicht zustimmen können. Ich bedaure das und wäre sehr froh, wenn der Etat des Innenministers heute hier einstimmig vom gesamten Hause gebilligt werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Frau Abg. Larisika-Ulmke von der Fraktion der F.D.P.

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Reinhard, sie bemängeln oder kritisieren, daß hier grundsätzliche Erklärungen abgegeben werden. Aber ich meine, wenn wir das Thema innere Sicherheit diskutieren, können wir

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) nicht nur einfach Zahlen anreißen bzw. andiskutieren, sondern wir müssen dann tatsächlich schon einmal inhaltlich etwas anschnitten.

(Guttenberger (SPD): Wir diskutieren doch gar nicht über innere Sicherheit! Wir diskutieren Stellenpläne!)

- Ja, aber das hängt ja mit der inneren Sicherheit zusammen, Herr Kollege.

(Zuruf des Abg. Guttenberger (SPD))

- Ich habe Sie jetzt akustisch nicht verstanden.

(Guttenberger (SPD): Können Sie mir das erklären?)

- Ich will es versuchen.

Ich bin mit vielen von Ihnen hier im Hause der Meinung, daß die innere Sicherheit unseres Landes nicht in Gefahr ist, wie das häufig beschworen wird. Wir sollten das einmal ganz realistisch feststellen, auch wenn sie uns Sorgen bereitet. Wir sollten bei diesen Diskussionen auch nicht in Panikmache verfallen, jedoch stellt die innere Sicherheit uns, die Politiker, auf den Prüfstand. Innere Sicherheit wird auch daran gemessen, meine Damen und Herren, wie seriös Politiker mit ihr umgehen. Auch wenn keine akute Gefahr für die innere Sicherheit besteht - wie schon gesagt, wir haben Probleme und Sorgen -, so sind doch die Bürger und die Polizei verunsichert. Dabei möchten Sie, Herr Innenminister, ganz gerne an die Erfolge der sozial-liberalen Koalition anknüpfen. Darf ich Sie daran erinnern, daß wir damals in Bund und Land liberale Innenminister gestellt hatten.

(B)

Es spricht nicht für Ihre Kompetenz, für die der Landesregierung und für die der SPD-Fraktion, wenn Sie zum einen sagen, daß die Fahndung nach Straftätern und deren Ergreifung das wichtigste Instrument bei der Bekämpfung des Terrorismus ist

(Guttenberger (SPD): Das ist doch richtig!)

und dabei gleichzeitig mit dem Finger nach Bonn zeigen, wo angeblich die Schuld für Mißerfolge liegt.

(Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Übersehen Sie die Finger nicht, die Sie dabei auf sich selbst richten. Polizei ist immer noch Ländersache.

Was haben denn die Innenminister der Länder, auch der Innenminister dieses Landes, getan, um der wachsenden Problematik Herr zu werden? Was unternehmen Sie, Herr Minister, der Sie ja eigentlich für das Kabinett in Bonn vorgesehen gewesen wären, um das immerhin über zehn Jahre alte Bund-Länder-Sicherheitsprogramm zu überarbeiten, ein Programm, das viele Probleme von heute überhaupt nicht berücksichtigt? Was tun Sie, um die Polizei von Bürokratie zu entlasten, um sie für ihre eigentliche Arbeit freizuhalten?

Welchen Beitrag leisten Sie dazu, daß sich die Innenministerkonferenz endlich auf ein gemeinsames Polizeigesetz verständigt? - Wenn es hier zu einem Auseinanderdriften der A- und B-Länder kommen sollte, wird gerade das zu erheblichen Problemen in der Polizeiarbeit führen. Was tun Sie, um zu verhindern, daß die Polizei des Jahres 2000 wegen Überalterung ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen ist? Was tun Sie, um den Polizeibeamten das Gefühl der Versorgungssicherheit und Chancengleichheit zu geben, um Frustrationen abzubauen? Was nützt ein Konfliktbewältigungstraining, wenn Konflikte aufgrund fehlender Sorgfalt vorprogrammiert sind?

Dieser Haushalt gibt nichts her, um Antworten auf grundsätzliche Fragen zu geben.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Herr Kollege Reinhard, Sie haben die Kürzungsvorschläge der F.D.P. aufgegriffen. Ich muß Sie darauf hinweisen, daß Sie unsere Vorschläge nicht mit Sorgfalt gelesen haben; sonst müßten Sie feststellen, daß wir bei unseren Kürzungen genau den Bereich der Polizei ausgenommen haben.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

mit Ausnahme der Streife, die wir gestrichen haben, auch wenn die Witze darüber im Grunde genommen recht lesenswert sind; aber darauf können wir verzichten.

Ich meine, gerade die Polizei hat es verdient, daß sie stärkere Berücksichtigung genießt, und ich meine auch, daß dafür andere Bereiche einmal kurztreten müssen. Wir haben aber auch deshalb keinen Anlaß, dem CDU-Antrag zuzustimmen, weil wir nämlich erkennen, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie zwar die Probleme aufzeigen, nicht aber aufzeigen, wie Sie deren Lösung finanzieren wollen. Wir sind voll und ganz mit Ihnen der Meinung, daß tatsächlich einmal geprüft werden muß, inwieweit die Konzepte der Landesregierung und inwieweit die Kon-

(C)

(D)



(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) zepte des Innenministers in Fragen der Polizei überhaupt noch ziehen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Bitte schön!)

- Herr Guttenberger!

Guttenberger (SPD): Sie wissen ja, Frau Kollegin, daß ich Ihnen nicht wehtun kann.

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Aber bitte! - Paus (CDU): Immer dieses Macho-Verhalten!)

Aber ich muß trotzdem etwas fragen.

(Heiterkeit - Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Guttenberger, bitte schön!)

Sie haben gesagt, daß in bezug auf die Polizei von Ihnen keine Kürzungsvorschläge gemacht worden sind. Ich habe hier vor mir die Seiten 8 und 9 des Berichts des Haushalts- und Finanzausschusses zu Einzelplan 03, auf denen es unter anderem heißt:

Eine Vielzahl weiterer Kürzungsanträge zu den Sachtiteln legt darüber hinaus die F.D.P.-Fraktion vor, die nachstehend aufgeführt sind und über die insgesamt abgestimmt wurde: ...

(B)

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen - ...

Bücher und Zeitschriften ...

Fernmelde- und Funkanlagen ...

Reisekostenvergütungen für Dienstreisen ...

Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen ...

Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften ...

Dies sind Ausgaben, die der Polizei zumindest haushaltsrechtlich unmittelbar zugeordnet sind. Habe ich da irgend etwas nicht verstanden, Frau Kollegin?

Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.): Entschuldigung! Herr Guttenberger, wir haben Kürzungen in Bereichen des Innenministers vorgesehen, nicht aber bei der Polizei. Ich darf

zum Beispiel darauf hinweisen, daß auch die Funkeinrichtungen diejenigen des Zweitsitzes der Landesregierung betreffen. Wir meinen, Einrichtungen für die Polizei sind dringender erforderlich als solche für den Zweitsitz, den Ausweichtsitz der Landesregierung. Ich darf Sie bitten, die Punkte im Einzelplan zu überprüfen. Sie müssen etwas falsch gelesen haben.

(Guttenberger (SPD): Dann muß der Bericht falsch sein! - Dorn (F.D.P.): Lesen müßte man können!)

Das müßten Sie noch einmal überprüfen. Dann stimmen da irgendwelche Zahlen nicht. Jedenfalls ist von uns der Bereich der Polizei im Hinblick auf Kürzungen ausdrücklich ausgenommen worden. Also kann das nur auf einem Irrtum beruhen.

Ich darf aber noch zu dem, was die CDU-Fraktion vorgeschlagen hat, ausführen: Ich finde es erfreulich, daß Sie im Grunde genommen das aufgreifen, was ich im Innenausschuß schon seit längerer Zeit kritisiert habe, was auch Achim Rohde letztsens bei der Jungen Polizei andiskutiert, angeschnitten, angeregt und auch vorgeschlagen hat.

(Paus (CDU): Das hat er da auch noch mir vorgetragen, liebe Kollegin!)

Ich finde es erfreulich, daß es einer großen Fraktion gelingt, einer kleinen auch einmal hinterherzuhinken.

(Paus (CDU): Herr Kollege Rohde hat mir das danach auch vorgetragen.)

- Das war von uns im Innenausschuß aber schon vorher vorgetragen worden; das möchte ich doch einmal festhalten. Aber meine Damen und Herren, wir sollten uns in Fragen der Polizei nicht über Kleinigkeiten aufhalten, sondern wir sollten tatsächlich die große Gesamtkonzeption sehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Und die ist es eben, die mir im Bereich der Polizei fehlt.

Ich muß ganz deutlich sagen: Diese Fragen müssen unabhängig von Haushaltsberatungen und unabhängig von Wahlkampfgetöse diskutiert werden. Was nutzen die derzeit populären und medienwirksamen Ankündigungen und Entschlüsse, wenn Sie damit höchstens kleine Löcher stopfen, wenn nicht sogar Kopfschütteln bei den Praktikern hervorrufen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

(Frau Larisika-Ulmke (F.D.P.))

- (A) Zum Beispiel nur die heute nachmittag schon erwähnte Öko-Polizei! Das hört sich ja gut an. Meine Kollegen in Marl aber wären schon dankbar, wenn sie bei Unfällen in einem dortigen Chemieunternehmen nicht auf die Großmütigkeit dieses Unternehmens angewiesen wären, das ihnen gratis die Gefäße zur Spurensicherung überläßt, weil für Derartiges die Dienststelle kein Geld hat. Das muß man sich einmal vorstellen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ich könnte zahlreiche Beispiele dieser Art anführen, aber damit könnten wir wirklich noch den ganzen Abend verbringen.

Über vollmundige wahlwirksame Ankündigungen kann man ja noch lächeln, aber nicht darüber, wie innere Sicherheit zu gegenseitigen Beschimpfungen und Verunglimpfungen mißbraucht wird. Sie, Herr Innenminister, haben gerade heute morgen an anderer Stelle erklärt - ich darf zitieren -:

Sie werden gemessen an dem, was Sie hier schriftlich vorlegen, nicht an dem, was Sie hier erklären.

Ich darf Sie daran erinnern, was Sie gemeinsam mit anderen SPD-Innen und Justizministern vorgelegt haben.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

- (B) Im Zusammenhang mit der Kronzeugenregelung sprachen Sie von der Komplizenschaft mit Mördern. Ich weiß, von anderer Seite wurde ähnliches geäußert. Aber ganz ehrlich gesagt: Das hat mich da nicht so betroffen gemacht, Herr Minister. Das Niveau von Herrn Strauß kann für uns hier keine Grundlage zum Dialog sein.

(Zustimmung bei F.D.P. und SPD)

Sie, Herr Minister, werfen der F.D.P. vor, die klägliche Rolle eines opportunistischen Kopfnickers übernommen zu haben. Ich frage Sie: Welche Partei hat den Mut und die Kraft, so schwerwiegende Fragen wie die Kronzeugenregelung vor der Wahl mit der Basis in Offenheit zu diskutieren?

(Zustimmung bei der F.D.P. - Klütsch (SPD): Sie bleibt aber trotzdem falsch!)

Wissen Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, da habe ich bei Ihnen in dieser Zeit hier schon ganz andere Arten von Opportunismus kennengelernt.

(Erneut Zustimmung bei der F.D.P.)

(C) Meine Damen und Herren, ich möchte Sie alle auffordern, gerade die Fragen der inneren Sicherheit und des Terrorismus von Wahlkampfpolemik freizuhalten. Die Beschimpfungen, die wir da in der Vergangenheit gehört haben, diese markigen Worte tragen wirklich nicht dazu bei, auch nur eine einzige Straftat zu klären, einen einzigen Anschlag zu verhindern, einen einzigen Jugendlichen vor dem Weg ins Abseits zu bewahren.

Bei der Frage nach den Ursachen des Terrorismus müssen wir bei der heutigen Diskussion über die nächste Wahl hinaus denken. Es geht um mehr als um Geld. Es geht darum, welches Beispiel wir der Jugend geben. Es geht darum, denen, die wir außerhalb oder abseits der Gesellschaft wännen, zu zeigen, daß wir, die wir uns als in ihr stehend beweisen wollen, deshalb in ihr stehen, weil wir zwar mit großem Engagement, aber ohne Haß und Håme um den richtigen und gemeinsamen Weg ringen. Wir dürfen die Aufforderung zum Dialog nicht allein den Angehörigen der Opfer überlassen. Wir haben diese Verpflichtung. Dazu möchte ich Sie aufrufen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Guttenberger von der Fraktion der SPD.

(D) Guttenberger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe versprochen müssen, hier nicht zu lange zu reden. Das werde ich einhalten. Das habe ich schon einmal gemacht. Ich weiß nicht, ob sich der eine oder andere daran erinnern wird.

Aber trotzdem: Es bleibt immer wieder eine verblüffende Tatsache, meine Damen und Herren, in welchem engem Zusammenhang hier Herr Paus - und das namens der CDU-Fraktion - den Stellenplan mit dem Problem der inneren Sicherheit sieht. Glauben Sie wirklich, Herr Paus, daß man mit einer Mehrzahl oder einer Unzahl - das Beispiel war von Ihnen genannt: 400 Polizisten auf einen Bürger - tatsächlich das Problem der inneren Sicherheit - Sie hatten sich nur versprochen, aber Freud sei bei Ihnen - in den Griff kriegen könne? Ich meine nach wie vor, daß der stabilste Faktor der inneren Sicherheit nicht eine wie auch immer gerüstete Polizei, wie Sie es fordern, sondern das Rechtsbewußtsein unserer Bürger, die Abwehrbereitschaft der Demokraten ist;

(Beifall bei der SPD)

denn hier liegt der Kern zu Verteidigenden.

(Zuruf von der CDU: Die Polizei abschaffen?)

(Guttenberger (SPD):)

- (A) Hier liegt das, was wir an politischem Willen eigentlich ausdrücken.

Aber wenn Sie sagen: Mein Gott, ist das schrecklich, wie hier der Innenminister schimpft, dabei wirklich heftige und deftige Worte benutzt, muß ich Sie fragen: Fällt Ihnen da eigentlich niemand aus den eigenen Reihen ein, den Sie in eine solche Kritik wie hier vorgetragen mit einbeziehen müßten? Gibt es nicht einen hervorragenden Politiker der von Ihnen herangezogenen Koalition, genannt Bundesregierung, der angekündigt hat, der nächste Mord gehe mit auf die Kritiker der Kronzeugenregelung? Dabei muß ich eines sagen: So schön ist die F.D.P. in der Kronzeugenregelung auch nicht gewesen. Der Streit entbrannte lediglich bei der Straffreiheit, nicht bei der Strafminderung. Auch die F.D.P. steht, zumindest in ihrer Mehrheit, noch hinter dieser, wie wir meinen, rechtsstaatlich disqualifizierenden Kronzeugenregelung. Hier sollte sich keiner schöner machen, meine Damen und Herren, als er in Wirklichkeit ist.

(Dorn (F.D.P.): Dann sollten Sie Herrn Dr. Posser fragen, was er sich dabei gedacht hat, als er das vorgeschlagen hat?)

- Herr Dorn, ist das falsch, was ich da sage?

(Zuruf von der CDU: Ja, sicher!)

- (B) Es ist richtig, daß die Politik auch hier Wandlungsprozessen unterworfen ist.

(Dorn (F.D.P.): Aha!)

Und es ist auch unwidersprochen geblieben, daß Herr Posser sich seinerzeit für eine Kronzeugenregelung eingesetzt hat. Die Zeit und die politische Durchsetzbarkeit - Sie haben es in Ihrer eigenen Partei erlebt - sind über diese Frage hinweggegangen. Dies haben Sie doch zum Teil, wenn auch unzufriedenstellend, in der F.D.P. zur Kenntnis genommen.

Ich glaube, mancher hier teilt den Eindruck, daß die CDU ganz froh darum war, sich damit die eigene Diskussion, die die F.D.P. durchaus verdienstvoll geführt hat, ersparen zu können; denn es war ja schon fast nach draußen zu sehen, daß zwischen Geißler und Strauß eine Linie war, die so einfach nicht zu überbrücken war. Man konnte sich jetzt hinter die F.D.P. zurückziehen.

(Evertz (CDU): Sie wollten doch zu den Fragen des Haushalts reden!)

Aber, meine Damen und Herren, innere Sicherheit, Stellenplan: Sie sagen, Polizei sei innere Sicherheit, und man könne mit Hilfe der Verbesserung der Situation der Polizisten - und dafür tun wir auch einiges - die innere Sicherheit verbessern. Hier brauchen wir nicht einmal über Angekündigtes zu sprechen. Hier können wir über Vollzogenes für 1986, also das laufende Haushaltsjahr, etwas sagen.

Für den Polizeivollzugsdienst wurden 102 zusätzliche Planstellen als Ausgleich für den Dienst freigestellter Personalratsmitglieder 1986 geschaffen.

(Paus (CDU): Die waren doch vorher schon weg!)

Dies hob, meine Damen und Herren, die Polizei aus allen anderen Bereichen des ansonsten zu kürzenden Stellenplans heraus. Für den Altenaufstieg wurden zusätzlich 200 Planstellen geschaffen. 150 Planstellen des mittleren Dienstes wurden in Planstellen des gehobenen Dienstes umgewandelt. Sie, Herr Paus, haben, wie ich meine, nicht aus Unkenntnis, sondern - ich sage mal - in der Absicht, uns hier zu demütigen, nicht darauf hingewiesen, daß es lediglich Berlin und Nordrhein-Westfalen gewesen sind, die den kriminalpolizeilichen Dienst geschlossen in den gehobenen Dienst überführt haben,

(Paus (CDU): Fast!)

auch dies, wie wir meinen, nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein qualitativer Beitrag zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung.

(Evertz (CDU): Ist das eine Zusage der SPD für den gehobenen Dienst in der Kriminalpolizei?)

- Ich hätte nichts dagegen, Herr Evertz, wenn Sie sich zu Wort meldeten. Andernfalls müßte ich lauter reden als Sie, und ich habe durch das Mikrophon bessere Chancen.

260 Planstellen wurden nachgeschlüsselt. Dies hatte konkrete wirtschaftliche Vorteile für die Betroffenen. Wir haben gebündelt - gegen Ihren energischen Widerstand -, mit der Wirkung, daß vor allen Dingen Beamte des mittleren Dienstes, die Familien haben, eine bessere Einkommenschance erhielten. - Dies ließe sich fortsetzen, meine Damen und Herren.

Aber wenn Sie tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, diesen Zusammenhang zwischen Stellenplan und innerer Sicherheit herstellen zu müssen, müßten Sie mit uns

(Guttenberger (SPD))

- (A) froh sein, wie das hier in Nordrhein-Westfalen unter der Führung eines sozialdemokratischen, aber liberalen Innenministers tatsächlich läuft. Und den kriegen Sie durch Ihre Wörtchen und Wortsprüchlein hier nicht disqualifiziert, wie Sie es sagten. Disqualifizieren werden Sie sich mit einer solchen Argumentation, weil Sie eines tun, was wir im Grunde für schade halten, anknüpfend an das, was der Kollege Egbert Reinhard hier schon gesagt hat. Sie zerstören einen an sich im Innenausschuß vorhandenen Konsens, und zwar ohne Not und, wie wir glauben, nur aus wahltaktischer, polemischer Überlegung heraus, mit Blick auf den 25. Januar.

Diese Republik einschließlich Nordrhein-Westfalen ist kein Tummelfeld von Terroristen. Hier ist kein Übeltätentum im Rahmen der inneren Sicherheit. Wir gehen nach wie vor von der Auffassung aus, daß die Strafe am besten dadurch erreicht wird, daß wir die Täter ergreifen und sie der Verurteilung zuführen.

(Zuruf von der CDU: Aha! Wer tut das außer der Polizei?)

Wenn wir uns gemeinsam diesem Ziel widmen, dann wird die innere Sicherheit nicht nur so gut bleiben, wie sie jetzt ist, sondern sie wird sich weiterentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Innenminister.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der Aufgaben, die wir heute noch zu bewältigen haben werden, fällt es natürlich schwer, auf das Bündel an Problemen und Vorwürfen einzugehen, das Sie hier vorgetragen haben. Ich will es trotzdem versuchen.

Zunächst einmal zu der Kritik von ihnen, Herr Paus, ich hätte mich nicht genügend um den Innenausschuß gekümmert:

(Zuruf von der CDU: Das ist wohl so!)

Ich nehme diesen Vorwurf sehr ernst. Ich werde das ändern.

Aber lassen Sie mich auch folgendes dazu sagen: Sie haben mir bis zur heutigen Stunde nie gesagt, daß Ihnen die Anwesenheit meines Staatssekretärs oder der Beamten nicht reiche.

(Lachen bei der CDU)

Ich bin, als ich noch Staatssekretär war --

(Zuruf von der CDU)

- Entschuldigen Sie, jeder von uns hat auch andere Terminverpflichtungen, auch Sie vielleicht. Zur letzten Innenausschußsitzung bin ich von Ostwestfalen im Hubschrauber herübergekommen. Das hätte ich mir gerne erspart. Auch die Kosten hätte ich gerne gespart. Aber ich hatte noch einen Termin bei der Feuerwehr, an dem ich anschließend teilnehmen wollte. Wenn Sie mir das vorher gesagt hätten, Herr Paus, daß Sie immer meine Anwesenheit wünschen und daß Ihnen die Anwesenheit meiner Mitarbeiter nicht genügt, wäre ich häufiger dagewesen.

Ich will Ihnen nur eines sagen: Als ich noch Staatssekretär im Wissenschaftsministerium war, habe ich es nicht anders gekannt, als daß der Ausschuß damit einverstanden war, daß ich die Ausschußtermine wahrnehme. - Wenn Sie das so nicht wünschen, müssen wir darüber reden; aber es wäre gut gewesen, wenn Sie mir das vorher einmal gesagt hätten.

(Evertz (CDU): Im Wissenschaftsausschuß wollte man damals Antworten der Regierung haben; deshalb waren Sie damals da erwünscht!)

Zweitens: Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte über Gesetzesvorschläge in der Öffentlichkeit gesprochen und dem Landtag diese Texte vorenthalten. Dazu haben Sie das Datenschutzgesetz genannt. - Das Datenschutzgesetz liegt Ihnen seit längerem vor. Wenn Sie noch keine Gelegenheit hatten, es zu lesen, liegt das nicht an mir.

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Sie haben die Sprache gerügt, die ich im Wahlkampf gewählt habe. Ich nehme die Kritik gerne hin. Wir sollten vielleicht alle manchmal mit den Äußerungen etwas zurückhaltender sein; das nehme ich gerne hin. Aber Sie haben dabei unter anderem eine Bemerkung zitiert, Herr Paus, die Sie auf den Bundestag gemünzt sahen. Das trifft nicht zu. Ich habe gesagt, die Bundesregierung habe - so sinngemäß - im Windschatten der öffentlichen Auseinandersetzung um die Kronzeugenregelung klammheimlich, an der Öffentlichkeit vorbei, die anderen Terrorismusgesetze durchbringen wollen.

(Paus (CDU): Nein, im Bundestag sind doch die Gesetze beraten und verabschiedet worden.)

- Nein, nein, davon war nicht die Rede. Lassen Sie das mal einen Moment! - Das, was

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) mich daran stört, ist, daß ich Ihnen Gelegenheit gegeben habe, hier zu polemisieren. Ich habe nicht geglaubt, daß Sie das Wort "klammheimlich" in einer solchen Weise hier verwenden würden. Im übrigen kann ich Ihnen einige Zeitungsberichte zeigen - ich will sie jetzt nicht im einzelnen vorlesen -, in denen das Wort auch völlig unbedacht gewählt wird, ohne daß sich jemand dabei etwas Böses denkt.

(Dorn (F.D.P.): Aber vielleicht können Sie sich trotzdem davon distanzieren!)

- Nein, von diesem Wort distanzieren ich mich genausowenig wie die "Bild"-Zeitung oder die "Frankfurter Rundschau" von Artikeln, in denen auch das Wort gebraucht worden ist, verehrter Herr Kollege.

(Dorn (F.D.P.): Sie können sich doch nicht auf eine Stufe mit der "Bild"-Zeitung stellen wollen! - Paus (CDU): Sie sind der Innenminister und nicht die "Bild"-Zeitung!)

- Mein Gott, müssen Sie denn bei jedem Wort gleich finstere Gedanken haben? Ich habe diese nicht gehabt, als ich dieses Wort gewählt habe.

(Zustimmung bei der SPD - Evertz (CDU): Es geht um den Vorwurf der Komplizenschaft mit Mördern! Darum geht es. - Henning (SPD): Das spricht für Sie!)

(B)

Ich sage jetzt etwas Weiteres zu der Kronzeugenregelung. Es ist ja völlig richtig, daß die Landesregierung seinerzeit einen Vorschlag gemacht hat. Es ist auch völlig richtig, daß darüber in allen Fraktionen des Deutschen Bundestages kontrovers diskutiert worden ist. Wir haben dann nach kontroverser Diskussion einvernehmlich erklärt, in allen drei Fraktionen: Diese Regelung ist untauglich. Es hat dann eine Änderung des § 29 a des Strafgesetzbuches gegeben, und für uns war diese Diskussion damit abgeschlossen.

Den Begriff, den ich gewählt habe, habe ich mit vollem Vorbedacht gewählt, weil ich nämlich genau wie Sie, meine verehrten Kollegen von der CDU, in diesem Fall auch an Gefühle appellieren wollte. Das gilt gelegentlich auch für die F.D.P. Es ist nämlich sonst sehr schwer für mich, gerade sehr komplizierte und sehr differenziert zu sehende Fragen der inneren Sicherheit, die sehr stark den Verstand und nicht zunächst das Gefühl ansprechen, überzubringen. Sie appellieren in diesen Fragen immer an das Gefühl, wenn Sie

sagen: "Immer feste druff", "stärkere Waffen" und ähnliches.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben dies genauso gewählt. Das war in der gewählten Formulierung nicht so sehr differenziert - ich räume es ein -; ich hätte lieber differenziert argumentiert.

Zum Schluß etwas zu der Frage meiner Konzeption! Es ist mir immer klar gewesen, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, daß es in Fragen der inneren Sicherheit zwischen uns grundlegende Auffassungsunterschiede gibt, die ich jetzt im einzelnen nicht nochmals vorbringen will. Aber ich habe geglaubt, in Fragen der praktischen Polizeiarbeit sei bisher doch ein Konsens vorhanden. Ich bedauere, daß dieser Konsens nicht da ist und daß Sie meinen, Sie könnten aus meiner Politik keine Konzeption für Fragen der inneren Sicherheit erkennen.

Ich will nur ein paar Stichworte nennen. Wenn es beispielsweise mobile Einsatzkommandos, Sondereinsatzkommandos oder Berater und Verhandlungsgruppen gibt, die übrigens bei uns bisher Fälle der Schwerekriminalität so gelöst haben - -

(Evertz (CDU): Die hat Willi Weyer eingeführt!)

- Aber entschuldigen Sie! Ich habe doch nie bestritten, daß ich zum Teil fortsetze, was andere Minister vor mir gemacht haben. Das bestreite ich doch gar nicht. Das geht doch auch gar nicht anders, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe nie bestritten, daß Burkhard Hirsch und Willi Weyer vorzügliche Politik gemacht haben. Ich denke gar nicht daran, mich in irgendeiner Weise von meinen Amtsvorgängern zu distanzieren, selbst wenn Sie mich gelegentlich dazu herausfordern.

(Henning (SPD): Das waren noch Liberale!)

Ich sage als ein Beispiel nur: Wenn es solche Verhandlungsgruppen gibt, und diese Verhandlungsgruppen bringen es mit der Polizei zusammen fertig, Fälle der Schwerekriminalität wie der Geiselnahme unblutig zu lösen, nicht durch einen Todesschuß - dann steckt dahinter auch eine Konzeption dieser Polizei, die sich von manchen anderen Konzeptionen unterscheidet.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Oder, wenn es bei uns Konfliktbewältigungstraining gibt - -

(Paus (CDU): Positiv! - Evertz (CDU): Wo ist denn da der Dissens zu uns?)

- Ich sage Ihnen gleich, wo der Dissens ist: darin, daß Sie behaupten, es gäbe überhaupt keine Konzeption. - Wenn es z. B. ein Konfliktbewältigungstraining oder ein Kommunikationstraining gibt, das andere Länder übernehmen - obwohl sie offiziell mich und meine Politik kritisieren; aber die Polizei übernimmt es -, dann erkennen Sie darin meine Konzeption. Nehmen wir als Beispiel den Polizeieinsatz im Taunus, als es seinerzeit um die Raketenstationierung ging; ich glaube, der Ort heißt Haßlach.

Die rheinland-pfälzische Polizei hatte sich intensiv vorbereitet, sie hat sich dazu Führungskräfte aus der Polizei Nordrhein-Westfalens geholt und sich informiert. Dort ist ein Konfliktraining durchgeführt worden.

(Evertz (CDU): Das haben wir doch alles begrüßt!)

- Das begrüße ich doch, meine Damen und Herren. Aber daran zeigt sich, daß wir eine vorbildliche Polizei haben.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- (B) Bekennen Sie sich doch endlich dazu!

(Erneut Zustimmung bei der SPD - Evertz (CDU): Sagen Sie doch etwas zur Personalpolitik! Reden Sie nicht solch einen Quatsch! - Maedge (SPD): Ja, das hört er nicht gern! - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe - Unruhe)

- Dazu sage ich Ihnen gleich auch etwas, Herr Evertz.

(Erneut Zurufe von der CDU)

Wenn die nordrhein-westfälische Polizei in Wackersdorf, in Brokdorf, in Rheinland-Pfalz tätig ist, wenn sie dort eingesetzt, dort gerne gesehen wird - im letzten Jahr habe ich Polizei aus Bayern oder aus Rheinland-Pfalz hier nicht einzusetzen brauchen -, wenn wir Überstunden, die Sie kritisieren, zum Teil in Wackersdorf ableisten, verehrte Kollegen von der CDU, dann beweist dies, wie angesehen unsere Polizei ist.

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie bitte nicht, daß ich damit nur auf die Konzeption und die politische Führung hinweisen will. Das liegt natürlich zuerst an hervorragend ausgebildeten Polizeibeamten und an einer hervorragenden Führung der Polizei, aber es liegt auch an der politischen Führung in diesem Lande, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Was soll denn das! - Abg. Paus (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Minister Dr. Schnoor: Aus Zeitgründen möchte ich gerne weitersprechen.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Bitte sehr; das liegt bei Ihnen!

(Zurufe von der CDU - Unruhe)

Dr. Schnoor, Innenminister: Wenn es beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und in Berlin Praxis ist, daß wir bei der Kriminalpolizei nur noch in den gehobenen Dienst einstellen - das habe ich von meinem Amtsvorgänger übernommen -, ist das nicht Ausweis einer bestimmten Konzeption in Nordrhein-Westfalen, wie wir die Kriminalpolizei einschätzen?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich weiß, daß es hier Schwierigkeiten gibt; das weiß Frau Larisika-Ulmke noch viel besser als ich, daß wir bei der Kriminalpolizei Probleme haben, insbesondere weil uns die Massenkriminalität daran hindert, in bestimmten Schwerpunktbereichen ausreichend tätig zu sein, und weil wir dafür auch nicht genügend ausgebildete Kräfte haben. Ich werde für bestimmte Bereiche, die seit langem Schwerpunkt der Tätigkeit der Kriminalpolizei sind, aber für die sie nicht ausreichend ausgestattet ist - für die Bereiche Wirtschaftskriminalität, Umweltkriminalität, Rauschgiftkriminalität, organisierte Kriminalität -, eine gezielte Verstärkung vornehmen, und dabei wird es auch eine Umschichtung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei geben. Darüber werden wir noch im einzelnen zu sprechen haben, auch wegen der Konsequenzen, die dies für die Schutzpolizei hat.

(Zurufe der Abgeordneten Paus und Mietz (CDU))

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel für meine Konzeption nennen! Wenn bei uns Modellversuche mit dem Ziel durchgeführt werden, die Verbrechen mehr präventiv zu bekämpfen und mehr für Bürgernähe zu tun, dann ist dies Ausweis einer bestimmten polizeilichen und politischen Konzeption! Sie müssen sie bloß wirklich nicht nur erkennen - Sie erkennen sie ja auch -, Sie müssen Sie endlich anerkennen, und Sie dürfen nicht sagen: Weil wir dem Minister im Grunde etwas am Zeuge flicken wollen, deshalb verneinen wir alles!

(Zurufe der Abgeordneten Evertz und Paus (CDU))

Ich muß es mir aus Zeitgründen ersparen, im Detail auf alles einzugehen. Richtig ist: Ich hätte gern mehr Haushaltsmittel - die hätte ich manchmal gern! Das gilt aber auch für andere Bereiche. Die Kunst besteht eben darin, mit den Mitteln, die einem vom Parlament zur Verfügung gestellt werden, eine sachgerechte Politik zu betreiben. Sie mögen uns vorwerfen, wir seien nicht wohlhabend genug.

(Schumacher (Kall) (CDU): Das geht doch an den Finanzminister!)

- Gut, Sie mögen uns das vorwerfen. Aber Sie können uns nicht vorwerfen, daß wir in unserer Polizei nicht hinreichend konzeptionell denken und keine ausreichende Phantasie hätten, meine Damen und Herren!

- (B) (Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Unruhe)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 03 liegen nicht vor.

(Zurufe von der CDU: Doch! Herr Kollege Mietz!)

- Ja, bitte! - Ich darf aber darum bitten, mir Wortmeldungen rechtzeitig mitzuteilen.

Mietz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Beitrag des Herrn Abg. Reinhard eingehe, gestatten Sie mir bitte einige Worte im Vorhinein! Ich bedaure es eigentlich, daß gerade dieser Teil des Haushalts, nämlich der Einzelplan 03, im Landtag immer in den späten Abendstunden erörtert wird, obwohl ich, wenn ich mir einmal die Meinungsumfragen im Laufe der letzten Jahre ansehe, immer feststellen muß, daß die innere Sicherheit für den Bürger ein ganz wichtiges Thema ist; es rangiert stets an der Spitze von Meinungsumfragen.

Ich habe den Eindruck, das ist hier gar nicht gewollt, und man möchte nicht nach draußen

dringen lassen, mit welchen Problemen wir im Lande Nordrhein-Westfalen gerade im Hinblick auf die innere Sicherheit zu kämpfen haben.

Herr Kollege Reinhard, Sie sind darauf eingegangen, daß Herr Kollege Paus bei den letzten Haushaltsberatungen die Stellenobergrenzenverordnung bereits angesprochen hat. Ich muß Sie dahin gehend berichtigen - Sie werden mir das sicherlich abnehmen; außerdem können Sie es nachlesen -, daß Herr Kollege Paus sehr deutlich gemacht hat, daß das angekündigte Vorhaben Mitte des Jahres durchgezogen wird. Davon war die Rede, und es trifft nicht zu, wie Sie das dargestellt haben, daß das im letzten Jahr schon abgeschlossen worden sei.

Herr Kollege Reinhard, ich habe Sie eigentlich immer als sehr vernünftigen Menschen eingeschätzt. Über eines aber habe ich mich - das sei mit Ernst gesagt - furchtbar aufgeregt und geärgert: Wenn Sie uns vorwerfen, wir seien nicht an einer objektiven Personalplanung interessiert, dann ist dies für mich ungeheuerlich, denn Sie stellen damit unsere Arbeit eigentlich so dar, als ob dies alles für uns Nebensache wäre und wir eigentlich nur daran interessiert seien, in irgendeiner Form Furore zu machen oder Wahlkampfstimmung zu verbreiten. Nein, uns liegen vielmehr diese Sorgen ganz besonders am Herzen, und deshalb ist dies für uns eine ernste Sache - und aus dem Grund haben wir sie angesprochen!

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben uns dann vorgehalten, der Kollege Paus hätte nicht zum Haushalt gesprochen. Herr Reinhard, über eines sind wir uns doch woh! im klaren: Wir lassen uns auch nicht von einer Mehrheitsfraktion vorschreiben, zu welchem Zeitpunkt wir über wichtige Dinge sprechen, die auch zu diesem Haushalt gehören. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU)

Frau Larisika-Ulmke, ich möchte zu Ihren Ausführungen nicht viel, wohl aber eines sagen. Sie fordern von uns Finanzvorschläge. Wir haben im Verlaufe der letzten Jahre zu diesem Haushalt ständig Finanzvorschläge gemacht.

(Schleußer (SPD): Ausgabenerhöhungen haben Sie beantragt!)

- Herr Kollege, wir haben auch anderes getan. Wir haben auch Gegenvorschläge gemacht.

(Paus (CDU): Mit Deckung!)

(Mietz (CDU))

- (A) - Der Kollege Paus ruft es aus der Mitte heraus sogar noch zu: Vorschläge mit Deckung. Das haben wir über Jahre hindurch getan. Was hat es denn gebracht? Sie müssen mir doch zugestehen, daß wir auch nicht mit einer einzigen Sache durchkommen konnten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Sie mit Ihrer Mehrheit alles niedergeschmettert haben. Das war doch der Grund. So sieht es doch aus.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen uns bitte nun auch verstehen, daß wir einfach nicht mehr bereit sind, hier ständig für die Regierung zu arbeiten, Ihnen noch Deckungsvorschläge auf den Tisch zu legen, wenn dann im Endeffekt wieder alles abgeschmettert wird. Sie können von uns nur noch erwarten, daß wir endlich einmal aufzeigen, daß es eine breite Palette gerade im Bereich der inneren Sicherheit gibt, wo wir bei Ihnen erhebliche Mängel feststellen mußten. Dies können wir auch im Blick auf den Innenminister feststellen.

(Beifall bei der CDU - Schlußer (SPD):  
Wo denn?)

- (B) - Wo? Dann will ich gleich mit der Aufzählung beginnen. Schauen Sie sich einmal die Neueinstellungen im Verlaufe der letzten Jahre an! Es sind generell Kürzungen von 3 % vorgenommen worden. Herr Innenminister, ich halte Ihnen allen Ernstes entgegen: Wir befinden uns in diesem Bereich nicht - wie etwa bei unseren Schulen - auf einem absteigenden Ast. Im Bereich der Kriminalität ist vielmehr eine aufsteigende Tendenz zu registrieren. Trotzdem haben Sie es in Ihrem Kabinett nicht geschafft, gerade im Bereich der Polizei Kürzungen nicht eintreten zu lassen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben auch in diesem Bereich im Verlaufe der letzten Jahre Kürzungen um 3 % zugelassen.

Was ist im Endeffekt die Folge? Genau das ist der Fall, was Ihnen der Kollege Paus gesagt hat: Es wird nur noch verwaltet. Eine echte Polizeiarbeit mit vorbeugender Tätigkeit und Ermittlung ist auf breiten Gebieten heute nicht mehr möglich. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, Herr Innenminister!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe die Neueinstellungen angesprochen. Wahrscheinlich war in diesem Jahr der letzte Zeitpunkt, um in vernünftiger Weise Neueinstellungen vornehmen zu können. Jetzt kommen die geburtenschwachen Jahrgänge auf uns zu. Wir wissen ganz genau, wie es früher ausgesehen hat. Wir mußten unsere Beamten

gewissermaßen zusammenkratzen. Ich sage bewußt "zusammenkratzen". Morgen stehen wir wieder vor der Situation, daß wir nicht das Personal bekommen, das wir übermorgen benötigen.

Herr Kollege Guttenberger, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis: Die 35-Stunden-Woche wird kommen. Sie wollen sie doch auch. Herr Kollege Reinhard, Sie haben so schön gesagt: Wenn von Bonn her etwas kommt, werden wir dem in der dritten Lesung noch Rechnung tragen. - Wie wollen Sie das denn machen, wenn Sie übermorgen die 35-Stunden-Woche haben? Wie wollen Sie dann die Millionen Überstunden, die die Polizei heute schon macht, abbauen, wenn sie das Personal nicht endlich dementsprechend aufstocken, wie es notwendig ist?

Das sind doch die Probleme, vor denen wir stehen. Schauen Sie sich die Fehlstellen bei der Kripo an. Schauen Sie sich die Brennpunkte an den Grenzen an. Was geschieht dort? Dort bedarf es erheblicher Verstärkungen. Es geschieht aber nichts. Es bedarf, was die tausend und mehr Kriminalbeamten angeht, wirklich einer Erfüllung der Forderungen, damit wir die Probleme endlich in den Griff bekommen.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen. Hier ist von Sicherheit gesprochen worden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Situation in Ballungsgebieten und in Krisengebieten eingehen. Ich denke hier z. B. an den Kreis, zu dem Kalkar gehört. In diesem Kreis ist nur ein Beamter des höheren Dienstes im Polizeibereich tätig. Stellen wir uns vor, morgen wird Kalkar zum Brennpunkt und dieser eine Beamte fällt aus! Dann muß ich erst aus Duisburg oder weiß Gott von wo einen Beamten des höheren Dienstes einfliegen, damit ich den Aufgaben gerecht werde. Sonst müßte ich die Wahrnehmung der Aufgaben nämlich den Beamten des gehobenen Dienstes übertragen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Mietz (CDU): Wenn ich das zeitlich verkraftete, ja.)

Guttenberger (SPD): Wie erklären Sie, daß Kalkar ein Krisengebiet sei? Das ist mir völlig unklar.

Mietz (CDU): Herr Guttenberger, das müßten Sie doch eigentlich ganz gut wissen. Sie wissen doch, wie viele Demonstrationen dort schon stattgefunden haben. Aus diesem Grunde ist dies ein Krisengebiet, und zwar



(Mietz (CDU))

- (A) ein Gebiet, in dem die Polizei ständig gefordert wird. Davon müssen Sie doch wohl ausgehen. Wenn ich im Gebiet des gesamten Kreises dann nur einen Beamten des höheren Dienstes habe und dieser mir ausfällt und ich dann einen Beamten, der sich mit diesem Raum gar nicht identifizieren kann, einfliegen muß, ist das eine schlimme Sache.

Herr Guttenberger, Sie geben mir sicherlich recht, wenn ich sage: Wenn wir uns die öffentlichen Verwaltungen ansehen, kommen wir zu dem Schluß, daß die Situation dort nicht so schwierig ist, wie ich es gerade für den Kreis Kalkar geschildert habe; denn in den öffentlichen Verwaltungen gibt es Leute dieser Couleur in ausreichendem Maße. Angesichts der Verantwortung, die heute die Polizei zu tragen hat, müßte auch bei der Polizei eine entsprechende Stellenausstattung gegeben sein. In diese Richtung geht unsere Forderung.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der für mich von wesentlicher Bedeutung ist. Wenn ich mir die Forschung im Bereich Polizeitechnik ansehe, frage ich mich, ob sie für uns auf Dauer ausreichend sein kann. Was für uns heute und gerade für die Polizei draußen vor Ort von ausschlaggebender Bedeutung ist, ist die Forschung im Bereich Polizeiwesen. Herr Innenminister, zu diesem Punkt habe ich bis zum heutigen Tage noch nichts von Ihnen gehört. Ich vertrete die Meinung, daß sich heute, was den Polizeieinsatz angeht, vieles verändert hat. Das Einschreiten des einzelnen Polizeibeamten - sei es als einzelner, sei es in Gruppen, in Zügen oder in Hundertschaften - hat sich ebenfalls verändert. Ich bin der Meinung, daß gerade die Forschung im Bereich Polizeiwesen einer der wichtigsten Punkte ist. Wir müssen dem Polizeibeamten künftig das an die Hand geben, was er benötigt, um so einzuschreiten, wie wir es eigentlich für erforderlich halten und wie es der Bürger wünscht. Hier besteht noch eine große Lücke. Es sollte Geld dafür vorhanden sein, um sie zu schließen.

(B)

Sie haben dieses Entwicklungsvorhaben "polizeitypische Waffen" völlig sterben lassen. Sie gehen davon aus, daß Alcotest-Geräte notwendig sind. Ich gehe auch davon aus, weil ich weiß, daß Trunkenheitsdelikte nicht so kommentarlos hingenommen werden dürfen und können; aber wenn Sie das Entwicklungsvorhaben für die polizeitypische Waffe dadurch hemmen, daß Sie der Meinung sind, dies bräuchten wir nicht mehr, dann frage ich Sie allen Ernstes, Herr Innenminister: Sind Sie bereit zuzugeben, daß Sie dann auch Ihre Beamten ständig direkt mit den Störern konfrontiert wissen? Und was dadurch ent-

steht, das ist nach meinem Dafürhalten weit schlimmer, als wenn es endlich dazu kommt, daß hier Distanzwaffen geschaffen werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Die einzige Distanzwaffe, die wir haben, ist der Wasserwerfer. Wenn Sie hier dann nicht einmal zu einem gegebenen Zeitpunkt bereit sind, eventuell auch Reizgas mit einzusetzen, dann müssen Sie sich heute gefallen lassen, daß ich Ihnen sage, daß Sie dann auch dafür verantwortlich sind, wenn bei der nächsten Demonstration 100 oder 200 Polizeibeamte mehr oder weniger verletzt werden. Dann haben Sie die Verantwortung dafür mitzutragen, Herr Innenminister! Es ist die Frage, ob es nicht auch zu Ihrer Fürsorgepflicht gehört, die Dinge einmal von dieser Seite zu sehen.

(Guttenberger (SPD): Das stimmt doch nicht!)

- Das stimmt genau, Herr Guttenberger!

(Guttenberger (SPD): Es gibt doch diese polizeitypische Waffe nicht!)

- Herr Kollege, wenn man so schnell aufgibt, dann sage ich Ihnen allen Ernstes: Hier wurde vorhin vom Innenminister persönlich vom Todesschuß gesprochen. Diesen wollen wir nach Möglichkeit verhindern, und den kann ich nur dann verhindern, wenn ich der Polizei eine Waffe an die Hand gebe, daß sie auf Distanz bleiben kann. Das sind doch ganz wesentliche Punkte, die Sie erkennen müssen. Wenn wir hier auf halbem Wege aufhören, dann schicken wir unsere Polizeibeamten voll in dieses Chaos hinein - und davor möchte ich warnen!

Meine Damen und Herren! Dies sind nur einige wenige Punkte, die ich angeschnitten habe. So ließe sich die Palette im Hinblick auf den heutigen Haushalt weiter ausmalen. Ich bin der Meinung, Herr Innenminister: Es steht Ihnen gut an, sich künftig gerade der Probleme der Polizei stärker anzunehmen als in der letzten Zeit und uns künftig auch öfter die Möglichkeit zu geben, gerade über diese Punkte zu sprechen; denn diese Punkte sind von Wichtigkeit. Es steht Ihnen auch gut an, Herr Innenminister, nach außen hin deutlich zu machen, daß der Bürger in diesem Lande auch künftig davon ausgehen kann, daß seine Sicherheit gewahrt wird - obwohl ich an einigen Stellen bereits erhebliche Bedenken habe.

Ich darf Sie bitten, in Zukunft und beim nächsten Haushalt eine Mehrzahl dieser Punkte, die heute angeschnitten worden sind,

(Mietz (CDU))

- (A) zu berücksichtigen. Ich darf Sie ferner bitten, auch einmal auf die Vorstellungen der CDU-Fraktion, die für uns von ausschlaggebender Bedeutung sind, einzugehen und sie nicht generell zu verwerfen; denn wir fühlen uns unserem Bürger draußen gegenüber mitverantwortlich, seine Sicherheit zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile Herrn Abg. Dorn von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal sehr deutlich klarmachen, daß wir Freien Demokraten uns sowohl in der Stellenplankommission wie im Innenausschuß des Landtags für die Polizei und ihre besonderen Wünsche und die Vorhaben der Landesregierung engagiert eingesetzt und auch unsere volle Unterstützung gewährt haben. Über einen Punkt wird man sicher noch reden müssen, Herr Minister: Das ist die Sonder-situation des Polizeipräsidiums in Bonn mit einer Vielzahl von Sondereinsätzen. Die Kollegin Frau Hieronymi hat dazu ja eine Anfrage an Sie gerichtet. Wir werden also dann darüber diskutieren müssen, wie das weitergehen soll. Sicher kann es nicht so weitergehen, wie sich das der Kollege Klütsch von der SPD-Fraktion vorstellt, der die Bewaffnung der Polizei ganz abschaffen will.

- (B) (Reinhard (SPD): Das stimmt ja nicht!)

- Herr Kollege Reinhard, dann müssen Sie nur ab und zu einmal das lesen, was er in der Presse so von sich gibt. Dann werden Sie sehr schnell feststellen, daß das genau so stimmt, wie ich es hier vorgetragen habe.

(Wendzinski (SPD): Das ist die Liberalität der SPD!)

- Wissen Sie, Herr Kollege Wendzinski: Wenn das die Liberalität der SPD ist, dann hätte ich ja doch ganz erhebliche Bedenken, ob die Polizei noch beim richtigen Ressort aufgehoben wäre. Diese Bedenken habe ich nicht, weil der Innenminister in dieser Frage ja völlig anderer Meinung ist.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Dorn, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Dorn (F.D.P.): Bitte schön!)

Klütsch (SPD): Herr Kollege Dorn, nachdem Sie so freundlich waren, meine Aktivitäten hier im Parlament zu offenbaren: Würden Sie

denn mit mir einen Unterschied zwischen Ihrer Darstellung der Entwaffnung der Polizei und meiner Forderung nach einem Ausbau des waffenlosen Dienstes bei der Polizei sehen?

Dorn (F.D.P.): Wir haben keine Entwaffnung der Polizei verlangt, Herr Kollege, so daß ich also auch diese Unterschiede in der Bewertung der Frage nicht zu erkennen vermag.

Lassen Sie mich aber eines noch sehr deutlich sagen! Ob die Frage der Polizeistärke 1 : 400 nun eine entscheidende Position für die Sicherheit ist oder nicht, das ist für mich völlig sekundär. Entscheidend kommt es darauf an, daß die Mittel für die polizeiliche Ausbildung und für den polizeilichen Einsatz zur Verfügung stehen. Das beginnt mit der Zurverfügungstellung der Planstellen, und das endet mit der Zurverfügungstellung der erforderlichen Ausrüstungsgegenstände für die Polizei.

Die Frage, inwieweit nun noch einmal die Kronzeugenregelung eine Rolle spielt, meine Damen und Herren, wird in der politischen Auseinandersetzung des Wahlkampfes wohl doch sehr eindeutig überdreht dargestellt. Wissen Sie: Zu der Zeit, als Herr Posser die Kronzeugenregelung aus der Sicht der SPD begründete und vorstellte, von der später die SPD wieder abging - nach ausführlicher Diskussion, Herr Minister; das will ich durchaus zugestehen -, da war der schärfste Gegner der Kronzeugenregelung die CDU und vor allen Dingen die CSU unter Franz Josef Strauß, der damals ganz massive Angriffe gegen die Regelung vorgetragen hat, die Posser vorgeschlagen hatte, so daß die völlige Umkehr der Argumentation zwischen den beiden großen Parteien für uns nicht uninteressant ist, wenn man die Debatte verfolgt, wie wir sie heute auf dem Markt der politischen Auseinandersetzungen erleben.

(Paus (CDU): Sie haben sich eben etwas schneller gewandelt!)

- Natürlich gibt es darüber unterschiedliche Meinungen in jeder Partei; das will ich gar nicht bestreiten. Auch in der CDU gab es ja eine ganze Reihe von Politikern, die froh waren, daß die Kronzeugenregelung an der F.D.P. scheiterte, weil sie selber gegen diese Kronzeugenregelung erhebliche Bedenken hatten.

Nun lassen Sie mich hier ein sehr persönliches Wort sagen, Herr Paus. Ich habe zu keiner Zeit für die Kronzeugenregelung Verständnis gehabt,

(Beifall bei der SPD)

(Dorn (F.D.P.))

- (A) vielleicht auch aus der Erfahrung heraus, die ich in den Jahren von 1969 bis 1972 in der Hochphase der Terroristenbekämpfung im Innenministerium des Bundes gemacht habe. Wir können vielleicht - das will ich zugeben - einem Kronzeugen eine neue Identität geben, wir können ihm vielleicht auch die Chance geben, ungehindert ins Ausland zu kommen; aber bei der inneren Einstellung der Terroristen, die keinerlei Rücksicht auf eigene Leute und ihre Anhänger nehmen, muß doch jederzeit damit gerechnet werden, daß die Eltern und die übrigen Verwandten dieser nunmehr mit einer neuen Identität versehenen Person sofort kassiert und ermordet werden oder daß andere Geiseln genommen werden, ohne daß irgend etwas möglich sein wird. Kronzeugenregelungen für Mörder, aus welchem Grunde auch immer, in Permanenz schaffen zu wollen, die von uns nicht akzeptiert werden können, wird niemals zu einer vernünftigen und für alle Teile befriedigenden Lösung führen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns gemeinsam darum bemühen, Herr Minister - deswegen hat die Stellenplankommission ja auch vorgesehen, sich im Laufe des nächsten halben Jahres um einige Polizeidienststellen zu kümmern, die Polizei im Einsatz zu sehen und in der Ausbildung kennenzulernen -, vielleicht auch hier zu einer Gesamtkonzeption zu finden, die vom ganzen Hause getragen werden kann und dazu führt, den polizeilichen Einsatz vor allen Dingen im Präventivbereich in den nächsten Jahren verstärkt auf der Straße zu erleben und weniger im Rundfahren, obwohl ich nicht bestreiten will, daß auch Autos erforderlich sind. Aber der Polizeibeamte auf der Straße birgt für die Bevölkerung ein größeres Gefühl der Sicherheit, auf das es uns letztlich ankommen muß.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zum Einzelplan 03.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04: Justizminister

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/1424.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung und erteile Frau Abg. Robels von der Fraktion der CDU das Wort.

Frau Robels (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es tut mir sehr leid, daß der Ministerpräsident nicht hier ist.

(Nagei (CDU): Sehr richtig! - Widerspruch bei der SPD)

Ich hätte ihn bei der Beratung des Einzelplans 04 gern persönlich angesprochen, und zwar deshalb, weil er mich seit einiger Zeit immer, wenn ich mit dem Auto von Köln nach Düsseldorf fahre, auf einem Plakat anschaut, und auf diesem Plakat steht - ich zitiere -: "Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen. SPD wählen - Johannes Rau". Frieden, meine Damen und Herren, wollen wir wohl alle, und abgesehen davon, daß Herr Rau wieder einmal den fundamentalen Fehler von vor vier Jahren gemacht hat, daß er meint, daß nur die SPD den Frieden möchte

(Schultz (SPD): Das steht nicht drauf!)

- das entnehme ich aber diesem Plakat -, meine ich, daß der Ministerpräsident zunächst einmal vor seiner eigenen Tür kehren muß. Man kann auch sagen: "Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen."

Ich spiele auf den Rechtsfrieden hier im Lande für den Bereich Gerichtsbarkeit und Strafvollzug an, über den ich hier jetzt zu reden habe. Hier liegt ja nun wirklich einiges im argen.

Fangen wir bei der Familie an, und zwar bei den Familien, die auf ein Gerichtsverfahren lange Zeit warten müssen, in manchen Fällen viele, viele Jahre.

Stichwort: Überlastung der Gerichte, Dauer der Verfahren. Der Bürger in unserem Land hat das Recht, daß sein Gerichtsverfahren in einem angemessenen Zeitraum abgewickelt wird. "Angemessen" heißt nicht, daß man drei oder vier Jahre auf Gerechtigkeit warten muß, sondern heißt: sofort.

Ist das gut funktionierender Rechtsstaat? Herr Rau, ich meine, so geht es nicht. Unschuldige und deren Familien trifft das besonders hart; aber auch ein Straftäter hat das Recht auf schnelle Abwicklung seines Verfahrens, nicht zuletzt wegen der Familienangehörigen.

Die Überlastung der Richter wurde schon im vergangenen Jahr hier in diesem Hause diskutiert. Geschehen ist allerdings überhaupt nichts. Der zuständige Minister, Herr Krumsiek, hat im Rechtsausschuß schon vor einiger Zeit zugegeben, daß die zumutbare Grenze überschritten ist. Das war 1985 so,